

IV-Stelle

Kontraktmanagement

kontraktmanagement@svazurich.ch

Sozialversicherungsanstalt
des Kantons Zürich

Röntgenstrasse 17

Postfach

8087 Zürich

www.svazurich.ch

Allgemeine Rahmenbedingungen für die Durchführung von Massnahmen der Invalidenversicherung

gültig ab 1. Januar 2025

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	3
1.1	Ziel und Inhalt der Allgemeinen Rahmenbedingung (RB)	3
1.2	Grundlagen	3
2	Definitionen	4
2.1	Zuständige Kontraktmanagement-Stelle	4
2.2	Übersicht Abklärungs- und Eingliederungsmassnahmen beruflicher Art.....	4
2.3	Akzessorische Leistung Wohnen	4
3	Voraussetzungen für den Abschluss einer Vereinbarung	5
3.1	Bewilligungen	5
3.2	Betriebsführung	5
4	Zusammenarbeit, Allgemeine Verpflichtungen	5
5	Vergütungsmodalitäten	7
5.1	Tarifmodell	7
5.2	Grundsätze.....	7
5.3	Vergütung von Praktika	7
5.4	Vergütung bei Abbruch	7
5.5	Vergütung bei Krankheit / Unfall	8
5.6	Vergütung bei Nichtantritt von Massnahmen	8
6	Rechnungsstellung.....	8
7	Einzureichende Dokumente.....	9
8	Evaluation der Vereinbarung.....	9
9	Datenschutz und Schweigepflicht	9
10	Änderungen.....	9
11	Inkrafttreten	10

Allgemeines

Die IV setzt sich zum Ziel, die Arbeitsplätze von Personen mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung im ersten Arbeitsmarkt zu erhalten oder diese Personen individuell, ressourcenorientiert sowie nachhaltig wieder im ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Die nachstehenden Achsen der Wirkung werden besonders gemessen:

- Erfolgreicher Abschluss der Ausbildung / Erreichung der Förderziele
- Platzierung im ersten Arbeitsmarkt
- Kostenbewusste Durchführung
- Rentenreduktion

Damit sich die Allgemeinen Rahmenbedingungen (RB) leichter lesen lassen,

- sind alle personenbezogenen Bezeichnungen in männlicher Form gehalten und gelten auch für weibliche Personen
- sind mit Leistungserbringer jeweils Anbieter von Abklärungs- und Eingliederungsmassnahmen beruflicher Art bzw. Integrationsmassnahmen zur Vorbereitung auf die berufliche Eingliederung und/oder Anbieter von Personalverleih-Massnahmen nach Art. 14^{quater} - 18 IVG und nach Art. 69 bzw. Art. 78 Abs. 3 IVV bezeichnet
- werden folgende Abkürzungen und Begrifflichkeiten verwendet:

IV	Invalidenversicherung
zuweisende IV-Stelle	IV-Stelle, die den Leistungsanspruch einer versicherten Person prüft, Mitteilungen erlässt und Massnahmen verfügt
KMT	kantonale oder regionale IV- oder Kontraktmanagement-Stelle, Ansprechpartner für den Abschluss der Vereinbarung, die Preisfestsetzung und die Qualitätssicherung
EEP	Eingliederungsfachperson, zuständig für die Zusammenarbeit mit dem Leistungserbringer auf Fallebene

1 Einleitung

1.1 Ziel und Inhalt der Allgemeinen Rahmenbedingung (RB)

Die RB und die Vereinbarung bilden den Vertragsinhalt. Sie regeln die Zusammenarbeit zwischen Leistungserbringer und IV sowie die Evaluation der Art, Qualität, Entschädigung der Massnahmen, des Berichtswesens und Reporting. Die RB sind Formvorschriften, welche Transparenz und wirkungsvolle Steuerung ermöglichen und eine fachgerechte, kostenbewusste, ziel- und bedarfsorientierte Durchführung regeln.

1.2 Grundlagen

Die RB und Vereinbarung stützen sich auf folgende Grundlagen:

- Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG)
- Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG)
- Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV)
- Kreisschreiben über die beruflichen Eingliederungsmassnahmen der Invalidenversicherung (KSBEM)
- Datenschutzgesetz (DSG)

2 Definitionen

2.1 Zuständige Kontraktmanagement-Stelle

Eine Vereinbarung wird grundsätzlich in dem Kanton, in welchem sich der Hauptsitz des Leistungserbringers befindet, durch das KMT abgeschlossen. Diese legt die Tarife fest und beurteilt die Qualität der Zusammenarbeit sowie der erbrachten Massnahmen. Eine abgeschlossene Vereinbarung hat für alle zuweisenden IV-Stellen Gültigkeit.

2.2 Übersicht Abklärungs- und Eingliederungsmassnahmen beruflicher Art

2.2.1 Abklärung der Eingliederungsfähigkeit (Art. 69 bzw. Art. 78 Abs. 3 IVV)

Bei diesen Massnahmen (z.B. BEFAS) wird abgeklärt, ob die versicherte Person überhaupt eingliederungsfähig ist. Diese Frage ist im Vorfeld von Eingliederungsmassnahmen zu klären.

2.2.2 Integrationsmassnahmen (Art. 14a IVG)

Integrationsmassnahmen dienen zur Vorbereitung auf die berufliche Eingliederung. Die modular aufgebauten Massnahmen zur sozialberuflichen Rehabilitation sollen die Wiedererlangung bzw. die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und die Angewöhnung an den Arbeitsprozess ermöglichen. Diese Massnahmen sind auf eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet und sollen, falls es die individuellen Ressourcen zulassen, bereits dort erfolgen.

2.2.3 Abklärung im Rahmen der Berufsberatung (Art. 15 IVG)

Bei Abklärungen beruflicher Art ist die objektive und subjektive Eingliederungsfähigkeit der Person vorhanden. Mittels einer Abklärung im Rahmen der Berufsberatung wird eruiert, welche Tätigkeiten sich für eine versicherte Person eignen, unter Berücksichtigung ihrer Fähigkeiten und Neigungen sowie ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigung. Dies hat mittels Praktika im 1. Arbeitsmarkt oder arbeitsmarktähnlicher Umgebung zu erfolgen. Schnupperlehren sind einzig im Hinblick auf die Abklärung der beruflichen Eignung möglich und stellen keine von der IV vergütete Leistung dar.

2.2.4 Eingliederungsmassnahmen beruflicher Art (Art. 16 - 18 IVG)

Diese Massnahmengruppe beinhaltet die erstmalige berufliche Ausbildung (EbA), die Umschulung sowie die Arbeitsvermittlung. Diese Massnahmen sind auf eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet und sollen, falls es die individuellen Ressourcen zulassen, bereits dort erfolgen.

2.2.5 Personalverleih als Eingliederungsmassnahmen beruflicher Art (Art. 18a^{bis})

Im Rahmen des Personalverleihs wird die versicherte Person von einer Personalverleihfirma angestellt und arbeitet verleihweise in einem Einsatzbetrieb im ersten Arbeitsmarkt. Dabei bezahlt der Einsatzbetrieb den üblichen Lohn und den Arbeitgeberanteil der betrieblichen Sozialversicherungen, ohne dass ein Arbeitsverhältnis mit der versicherten Person besteht. Dank dem Personalverleih erhält die versicherte Person die Möglichkeit, eine bezahlte Tätigkeit im ersten Arbeitsmarkt auszuüben, zusätzliche Berufserfahrung zu erlangen und wird im Idealfall anschliessend vom Einsatzbetrieb direkt angestellt.

2.2.6 Coaching (Art. 7d, 14quater - 18 IVG)

Die versicherte Person absolviert die berufliche Eingliederungsmassnahme im ersten Arbeitsmarkt und benötigt zusätzlich ein zielgerichtetes und zeitlich begrenztes Coaching, im Hinblick auf den Arbeitsplatzverlust, einen erfolgreichen Verlauf der individuellen Massnahme oder die Stellensuche.

2.2.7 Akzessorische Leistung Wohnen

Eine akzessorische Leistung kann nur ergänzend zu einer Massnahme zugesprochen werden. Die Leistung Wohnen kann auch Verpflegung beinhalten.

3 Voraussetzungen für den Abschluss einer Vereinbarung

3.1 Bewilligungen

Der Leistungserbringer verfügt über die notwendigen Bewilligungen für die Führung seines Betriebes und zur Durchführung der angebotenen Massnahmen.

3.2 Betriebsführung

Die eingesetzten öffentlichen Mittel sind zweckgebunden und ausschliesslich für die Leistungserbringung zu verwenden. Alle Massnahmen sind effizient, in guter Qualität, einfach und zweckmässig auszuführen.

4 Zusammenarbeit, Allgemeine Verpflichtungen

4.1.1 Die IV-Stellen beauftragen den Leistungserbringer mit der Durchführung der vertraglich vereinbarten Massnahmen. Die EFP erteilt den konkreten Auftrag auf Basis der allseitig unterzeichneten Zielvereinbarung und bestätigt diesen mittels Kostensprache.

4.1.2 Die vereinbarten Tarife werden für die zugesprochenen Massnahmen als kostendeckende Preise verstanden. Zusätzliche Abgeltungen zu Lasten der versicherten Personen an die Leistungserbringer sind nicht zulässig (z.B. Rechnung an versicherte Person bei vorzeitigem Austritt). Nicht-IV-relevante Leistungen ausserhalb der zugesprochenen Massnahmen können zwischen Leistungserbringer und versicherter Person vereinbart werden (z.B. Wohnen am Wochenende), wenn keine Finanzierung durch die IV aus behinderungsbedingten Gründen erfolgt.

4.1.3 Der Leistungserbringer hat die vertraglich übernommenen Massnahmen persönlich zu erbringen und darf diese nicht an eine andere Durchführungsstelle übertragen. Ausgenommen davon sind spezielle Teilleistungen Dritter, welche vorgängig mit dem KMT besprochen und vereinbart wurden. Der Leistungserbringer meldet dem KMT wichtige Personalwechsel, welche in direktem Zusammenhang mit der Durchführung vertraglicher Massnahmen stehen.

4.1.4 Die von der zuständigen IV-Stelle verfügbaren Abklärungs- und Eingliederungsmassnahmen sind in jedem Fall auftragskonform, prozessorientiert und zielgerichtet durchzuführen. Ist eine Anpassung der vereinbarten Massnahmen nötig - wie z.B. ein Wechsel in der Ausbildungsrichtung - ist eine vorgängige Absprache mit der EFP und deren Genehmigung erforderlich.

4.1.5 Erweist sich die Durch- oder Weiterführung der vereinbarten Massnahme als erfolglos oder das Erreichen der gesetzten Ziele als gefährdet, so ist dies der EFP unverzüglich zu melden. Austritte von versicherten Personen sind überdies deren gesetzlichen Vertretung bekanntzugeben.

4.1.6 Vorzeitige Abbrüche der Massnahme resp. Austritte, insbesondere aus disziplinarischen Gründen nach schwerwiegenden Vorkommnissen (wie strafbare Handlungen, schwere Verstösse gegen die Hausordnung etc.) sind, in Absprache mit der EFP und der gesetzlichen Vertretung der versicherten Person, anzuordnen.

4.1.7 Schwere oder ausserordentliche Vorkommnisse, wie z.B. disziplinarische Verstösse, Diebstähle, sexuelle Übergriffe, sind der IV-Stelle umgehend und über die Leitung zu kommunizieren.

4.1.8 Der Leistungserbringer bietet die Massnahmen grundsätzlich während 12 Monaten pro Jahr an, abzüglich der gesetzlichen Feiertage. Abweichende Regelungen wie Betriebsferien müssen in der Vereinbarung definiert sein.

- 4.1.9** Beobachtungen bezüglich der Entwicklung und das Verhalten der versicherten Personen sind fortlaufend schriftlich aufzuzeichnen. Leistungsprofile der Personen sind in Berichten strukturiert zu umschreiben. Die persönlichen Akten von Personen, die IV-Verfügungen, Leistungserfassungen und Präsenzkontrollen sowie alle für die Rechnungsstellung relevanten Unterlagen sind vom Leistungserbringer, den gesetzlichen Vorschriften entsprechend, aufzubewahren.
- 4.1.10** Abklärungs-, Zwischen- oder Schlussberichte müssen der EFP fristgerecht eingereicht werden und der Leistungserbringer verpflichtet sich, diese elektronisch und verschlüsselt (via HIN, IncaMail etc.) zuzustellen. Erweist sich ein Bericht als mangelhaft oder nicht vereinbarungsgemäss erstellt, kann die EFP schriftlich eine Nachbesserung einfordern und dafür eine neue Frist festsetzen.
- 4.1.11** Für alle in beruflichen Abklärungs- bzw. Eingliederungsmassnahmen stehenden Personen ist eine Präsenzkontrolle zu führen. Relevante gesundheitliche Probleme sowie Abwesenheiten von mehr als 3 Tagen sind der EFP schriftlich zu melden.
- 4.1.12** Externe Praktika sind der EFP umgehend, mit genauer Angabe von Beginn und Dauer, zu kommunizieren.
- 4.1.13** Der Leistungserbringer hat dem KMT und dem BSV jederzeit alle Auskünfte zu erteilen, die für die vertraglichen Grundlagen sowie die Tariflegung von Bedeutung sind. Er gewährt auf Verlangen Einblick in den Betrieb, die Buchhaltung und diesbezügliche Dokumente.
- 4.1.14** Sofern die versicherte Person die Kriterien für eine Deckung über die Unfallversicherung in Massnahmen der IV (UV IV) gemäss Art. 1a Abs. 1 Bst. c UVG nicht erfüllt und dennoch eine Versicherungspflicht nach Unfallversicherungsgesetz (UVG) besteht, sind die zugewiesenen Personen vom Leistungserbringer gegen die Folgen von Unfällen zu versichern. Dies gilt insbesondere für Personen, bei denen während der Massnahme ein Arbeits-, Lehr- oder Ausbildungsvertrag mit dem Leistungserbringer besteht. Sollte ein Schadenfall eintreten so ist der Leistungserbringer verpflichtet, eine Unfallabklärung inkl. Meldung vorzunehmen. Um die Erfüllung des Präventionsauftrags sicherzustellen, werden durch die IV-Stelle jährlich die Kontaktdaten der SUVA zur Verfügung gestellt.
- 4.1.15** Bei der Durchführung einer Massnahme im zweiten Arbeitsmarkt (im Sinne einer Anstalt oder Werkstätte nach Art. 27 IVG) ist die Haftungsregelung nach Art. 68^{quinquies} IVG nicht anwendbar; unabhängig davon, ob die Massnahme einzig im zweiten Arbeitsmarkt oder teils auch in einem Betrieb des ersten Arbeitsmarktes durchgeführt wird. In diesen Fällen sind Haftungsfragen durch die Betriebshaftpflichtversicherung des Leistungserbringers geregelt.
- 4.1.16** Der Leistungserbringer verpflichtet sich, das KMT unverzüglich schriftlich über eine geplante Aufgabe der Geschäftstätigkeit zu informieren. Insbesondere auch darüber, welche versicherten Personen von der Aufgabe der Geschäftstätigkeit betroffen sind.
- 4.1.17** Der Leistungserbringer verpflichtet sich, der versicherten Person jeweils eine Rechenkopie zuzustellen (per Post oder elektronisch).
- 4.1.18** Der Leistungserbringer verpflichtet sich, den Jugendarbeitsschutz gemäss Verordnung 5 zum Arbeitsgesetz analog der Jugendarbeitsschutzverordnung bei Ausbildungen ausserhalb des Berufsbildungsgesetzes (IV-Anlehren und Praktische Ausbildungen [PrA] nach INSOS) zu gewährleisten. Umfassen die Ausbildungen Arbeitseinsätze im ersten Arbeitsmarkt, hat der Leistungserbringer den Jugendarbeitsschutz auch für diese Arbeitseinsätze zu gewährleisten.

- 4.1.19** Der Leistungserbringer verpflichtet sich, ein Schutzkonzept mit Qualitätsrichtlinien zum Schutz vor Grenzverletzungen, Ausbeutung/Missbrauch und Gewalt zu erarbeiten, umzusetzen und im bestehenden Qualitätssicherungssystem zu implementieren. Das Schutzkonzept basiert auf den Empfehlungen zu den Qualitätsrichtlinien von IN-SOS Zürich. Erfüllt der Leistungserbringer bereits die Qualitätsrichtlinien der SODK Ost+, ist kein zusätzliches Schutzkonzept zu erstellen.
- 4.1.20** Die auftraggebende IV-Stelle hat das alleinige Recht zu entscheiden, ob, wann und wie ihr Logo verwendet wird. Der Leistungserbringer, der das Logo der auftraggebenden IV-Stelle verwenden möchte, um es in seinen Dokumenten wie Broschüren, seiner Website, seinen Videos oder jeder anderen Art von Medium wiederzugeben, muss einen schriftlichen Antrag zuhanden der auftraggebenden IV-Stelle formulieren.

5 Vergütungsmodalitäten

5.1 Tarifmodell

Die Leistungsabgeltung wird vom KMT in der Regel gemäss Abschnitt Basis der Leistungsabgeltung festgelegt. Die Tarife werden nach orts-, marktüblichen sowie buchhalterischen Kriterien festgelegt und in der Vereinbarung aufgeführt.

Die Leistungsabgeltung erfolgt mittels Fall-, Stunden-, Tages-, Wochen- oder Monatspauschalen. Damit gelten sämtliche in direktem Zusammenhang mit der Massnahme stehenden Kosten als abgegolten (Berufsschule, Stützunterricht, Transporte etc.). Enthalten sind auch externe Schul- und Kurskosten in allen Ausbildungsbereichen und -stufen (z.B. überbetriebliche Kurse).

Massnahmen im Auftrag der IV sind grundsätzlich von der Mehrwertsteuer (MWST) befreit. Die Tarife sind daher vom Leistungserbringer ohne MWST in Rechnung zu stellen.

5.2 Grundsätze

- 5.2.1** Die Vergütung erfolgt stets gestützt auf die Vereinbarung, welche zum Zeitpunkt der Durchführung Gültigkeit hat.
- 5.2.2** Bei Abrechnung mittels Monatspauschale werden Ein- und Austrittsmonate pro rata berechnet: Monatspauschale geteilt durch 30 und dieses Ergebnis multipliziert mit der effektiven Dauer (Kalendertage) innerhalb des betreffenden Monats.
- 5.2.3** Bei der Abrechnung mittels Tages- oder Stundenpauschalen wird deren maximale Anzahl zuvor definiert. Diese Vorgabe ist zwingend einzuhalten.

5.3 Vergütung von Praktika

- 5.3.1** Ein Praktikum im ersten Arbeitsmarkt gilt als integrierender Bestandteil des Ausbildungsprogramms. Die Ausrichtung des reduzierten Tarifs erfolgt ab dem vierten Monat des praktischen Teils im ersten Arbeitsmarkt und gilt bis zur vollständigen Beendigung dieses Praktikums. Seitens IV erfolgen keine Zahlungen an die Praktikumsbetriebe.

5.4 Vergütung bei Abbruch

- 5.4.1** Bei Monatspauschalen (Kalendermonat) wird bei Abbruch in der Regel die ganze Pauschale des angebrochenen Kalendermonats geschuldet. Die akzessorische Leistung Wohnen kann bis maximal einer Pauschale des Folgemonats vergütet werden. Für den Ein- und Austrittsmonat erfolgt die Berechnung pro rata.

5.4.2 Bei Kurzaufklärungen mit Fallpauschalen gilt folgende Regelung:

1-2 wöchige Aufklärungen	25 % der Fallpauschale bei Abbruch nach 0-1 Tagen 75 % der Fallpauschale bei Abbruch nach 2-5 Tagen 100% der Fallpauschalen bei Abbruch ab dem 6. Tag
3-4 wöchige Aufklärungen	25 % der Fallpauschale bei Abbruch nach 0-4 Tagen 50 % der Fallpauschale bei Abbruch nach 5-9 Tagen 100 % der Fallpauschale bei Abbruch ab dem 10. Tag

5.4.3 Bei Massnahmen mit einer Abgeltung pro Stunde, Tag oder Woche werden bei Abbruch nur die bereits geleisteten Stunden, Tage oder Wochen bis zum Abbruchdatum geschuldet.

5.5 Vergütung bei Krankheit / Unfall

5.5.1 Bei einer Abgeltung pro Monat, Tag oder Woche wird bei Krankheit oder Unfall in der Regel die ganze angebrochene Pauschale gemäss Auftrag der IV-Stelle geschuldet. Bei Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit oder Unfall wird die akzessorische Leistung Wohnen bis maximal mit einer Pauschale des Folgemonats vergütet. Für den Ein- und Austrittsmonat erfolgt die Berechnung pro rata.

5.5.2 Bei Massnahmen mit einer Abgeltung pro Stunde, werden bei Krankheit oder Unfall nur die bereits geleisteten Stunden geschuldet.

5.6 Vergütung bei Nichtantritt von Massnahmen

5.6.1 Bei Nichtantritt oder kurzfristiger Absage einer Massnahme mit Monatspauschale kann 25% der Pauschale in Rechnung gestellt werden. Bei Absage von mehr als 2 Werktagen vor Beginn der Massnahme ist dies ohne Kostenfolge für die IV-Stelle.

5.6.2 Bei Massnahmen mit einer Abgeltung pro Stunde, Tag oder Woche werden bei Nichtantritt nur die bereits geleisteten Stunden, Tage oder Wochen geschuldet.

6 Rechnungsstellung

6.1.1 Die Rechnungsstellung erfolgt in elektronischer Form. Ab 01. Januar 2024 werden nicht elektronisch eingereichte Rechnungen zurückgewiesen.

6.1.2 Die Massnahmen sind pro versicherte Person in Rechnung zu stellen.

6.1.3 Es dürfen nur bereits erbrachte Massnahmen in Rechnung gestellt werden. Vorauszahlungen sind nur in Ausnahmefällen (z.B. Prüfungsgebühren) möglich.

6.1.4 Rechnungen haben in jedem Fall den Vorgaben des BSV sowie den von den IV-Stellen mitgeteilten Formvorschriften zu entsprechen. Folgende Angaben sind erforderlich:

- GLN (Global Location Number)
- Adresse des Rechnungsstellers mit IBAN (Internationaler Bankkontonummer)
- Adresse der versicherten Person und deren AHV-Nummer
- Mitteilungs- oder Verfügungsnummer und Adresse der zuweisenden IV-Stelle
- Art der Massnahme inkl. Angabe zur Rechnungsperiode
- Tarifziffer, Tarif der Massnahme, Anzahl Entschädigungseinheit und Rechnungsbetrag

7 Einzureichende Dokumente

Der Leistungserbringer ist verpflichtet dem KMT jährlich, bis spätestens 31. August, folgende Unterlagen einzureichen:

- Statistik über die vertraglich vereinbarten und erbrachten Massnahmen in qualitativer und quantitativer Hinsicht (gemäss Reporting-Vorlage)
- Genehmigte Jahresrechnung (Bilanz und Erfolgsrechnung), Betriebsabrechnungsbogen (BAB) oder Kostenrechnung bezüglich Nettokosten und Erlöse der angebotenen Massnahmen gemäss AVB und Leistungsvereinbarung sowie Revisionsbericht. Dieser bestätigt im Prüfungsurteil, dass die Jahresrechnung für das abgeschlossene Geschäftsjahr dem schweizerischen Gesetz entspricht. Gewinnentwicklung aus IV-Leistungen.
- Aktuelle Betriebsbewilligung und Beschreibung des Qualitätsmanagementsystems (aktuelles Zertifikat). Bewilligung für Arbeitsvermittlung und Personalverleih bzw. AWA-Bestätigung, dass Sie bewilligungsbefreit sind.
- Offizieller Jahresbericht

8 Evaluation der Vereinbarung

Das KMT evaluiert regelmässig die Einhaltung der Vertragsgrundlagen, die Durchführungsqualität und den Erfolg der Massnahmen. Die Ergebnisse werden schriftlich festgehalten und mit dem Leistungserbringer besprochen. Die Rückmeldungen zuweisender IV-Stellen werden angemessen mitberücksichtigt.

9 Datenschutz und Schweigepflicht

Beide Parteien verpflichten sich, geltende Datenschutz- und Sicherheitsbestimmungen sowie die Schweigepflicht nach Art. 33 ATSG und die Vorschriften über das Amts- beziehungsweise Berufsgeheimnis (Art. 320 bzw. 321 StGB), sofern anwendbar, einzuhalten. Die Auftragnehmerin [Vertragspartnerin] ist insbesondere verpflichtet, an sie weitergegebene oder ihr zugängliche Personendaten aus dem Bereich der Durchführungsstelle nur in dem Umfang und ausschliesslich zu denjenigen Zwecken zu bearbeiten, wie dies für die Vertragserfüllung notwendig ist.

Beide Parteien sind verpflichtet, in ihrem Verantwortungsbereich angemessene technische und organisatorische Massnahmen zur Gewährleistung des Datenschutzes und der Informationssicherheit zu treffen.

Die Parteien können abweichende oder ergänzende Vereinbarungen in einem zusätzlichen Vertrag treffen und weitere vertragliche Abmachungen, z.B. Vertraulichkeitsvereinbarungen oder Vereinbarungen über die Auftragsdatenbearbeitung, abschliessen. Überträgt der Leistungserbringer Teilleistungen an Dritte (vgl. Ziffer 5.1.3), so ist Art. 9 Datenschutzgesetz (DSG).

10 Änderungen

Die IV-Stelle [oder die Partei, die die IV vertritt] behält sich das Recht vor, die RB zu ändern, wenn sie nicht mehr angemessen oder unvollständig sind.

Im Falle einer Änderung wird die Vertragspartei/werden die Vertragsparteien mindestens einen Monat vor der Änderung der vorliegenden Bedingungen schriftlich informiert und erhalten so die Möglichkeit, diese vor ihrem Inkrafttreten zu prüfen. Bei Uneinigkeit über die Änderungen kann die andere Partei/Vertragsparteien den Vertrag zur nächsten Kündigungsfrist kündigen. Die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gültigen RB gelten bis zum Ablauf der

Kündigungsfrist weiter. Sobald die geänderten Bedingungen in Kraft sind, ist/sind die andere(n) Partei(en) für die verbleibende Vertragslaufzeit an sie gebunden.

11 Inkrafttreten

Die vorliegenden RB treten per 1. Januar 2025 in Kraft.